



Rüsselsheim, den 07.01.2021

## NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 17.12.2020 um 18:00 Uhr

„A“

### TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

### TOP 2 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 einschl. 1. Und 2. Fortschreibung zum Haushaltsplanentwurf 2021 DS-Nr. 776/16-21, 776a/16-21 und 776b/16-21

Die Fraktionen halten ihre Reden zum Haushaltsplanentwurf 2021 in folgender Reihenfolge:

- |  |   |
|--|---|
| 1. Fraktion CDU:                         | Herr Stadtv. Matthias Metz              |
| 2. Fraktion SPD:                         | Frau Stadtv. Sanaa Boukayeo             |
| 3. Fraktion WsR:                         | Herr Stadtv. Joachim Walczuch           |
| 4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:       | Herr Stadtv. Christian Vogt             |
| 5. Fraktion Die Linke/Liste Solidarität: | Herr Stadtv. Karl-Heinz Schneckenberger |
| 6. Fraktion FDP:                         | Herr Stadtv. Abdullah Sert              |
| 7. Fraktion UL:                          | Herr Stadtv. Michael Flörsheimer        |

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 einschl. 1. und 2. Fortschreibung (DS 776/16-21, 776a/16-21 und 776b/16-21) auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses mit 23 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen wie folgt:

Unter Berücksichtigung der bereits in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossenen Änderungsanträge sowie unter Ablehnung bzw. Zurückstellung weiterer Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2021 werden die in Anlage 1a) dargestellten Änderungen beschlossen. Gemäß der sich aus diesen Beschlüssen ergebenden und weiterer der Beratung entsprechenden bzw. redaktionellen Änderungen gemäß Anlage 1b) beschließt die Stadtverordnetenversammlung die in Anlage 2 dargestellte Haushaltssatzung.

Die in Anlage 3 genannten Anträge werden ebenfalls unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossen und an den Magistrat verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich dafür

**TOP 3      Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den  
Zeitraum 2020 – 2024  
DS-Nr. 777/16-21**

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses nimmt die Stadtverordnetenversammlung zur DS 777/16-21 – Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2020 – 2024 – die Ziffern A.1. bis A. 4 zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B mit 23 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich dafür

**TEIL I**

**TOP 4      Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten  
Maßnahmen  
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme  
Bezug: DS-Nr. 640/16-21 Schulentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt  
Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 (Beschlussziffer 21)  
DS-Nr. 804/16-21**

Zur DS 804/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 02.12.2020 vor, über den jedoch nicht abgestimmt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019 – 2024 aufgeführten Maßnahmen – DS 804/16-21 – zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**TOP 5      Kostenüberwachung von größeren Projekten  
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte  
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme  
DS-Nr. 806/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Stand der Kosten und Termine der laufenden größeren Projekte für das 3. Quartal 2020 – DS 806/16-21 – zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**TOP 6 Sachstandsbericht zum Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim**  
**Bezug: DS-Nr. 715/16-21/ Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim**  
**DS-Nr. 807/16-21**

Zur DS 807/16-21 – Sachstandsbericht zum Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim; Bezug: DS-Nr. 715/16-21 / Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern I.1. bis I.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern II.A. und II.B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 7 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim – Jahresabschluss 2019**  
**DS-Nr. 808/16-21**

Zur DS 808/16-21 – Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim – Jahresabschluss 2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 8 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2020**  
**Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim**  
**DS-Nr. 799/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 799/16-21 – Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2020 – Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 9 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des**  
**Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim**  
**DS-Nr. 800/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 800/16-21 – Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 10 Nachwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 – 2021  
hier: Stellvertretung für die SPD-Fraktion  
DS-Nr. 809/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 809/16-21 – Nachwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Stellvertretung für die SPD-Fraktion – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial, Integrations- und Jugendausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 11 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Frauenkammer  
DS-Nr. 810/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 810/16-21 – Nachrückerin der Fraktion SPD in der Frauenkammer – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

## TEIL II

**TOP 12 Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes  
DS-Nr. 784/16-21**

Zur DS 784/16-21 liegen folgende Anträge vor:

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020
- Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und WsR vom 03.12.2020
- Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2020 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020

Frau Stadtv. Boukayeo stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und WsR vom 03.12.2020 abstimmen zu lassen, da dieser der weitest gehende Antrag sei.

Dem stimmt die Stadtverordnetenversammlung zu.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und WsR vom 03.12.2020:

Der Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität und WsR vom 03.12.2020:

„Zum Teil A. Kenntnisnahme der Drucksache stellt die Stadtverordnetenversammlung Folgendes fest:

1. Die in der Kenntnisnahme der Drucksache unter Punkt 3. behauptete „aktualisierte

*Preisermittlung“ für die Sanierung hat nicht stattgefunden.*

2. *Die in der Kenntnisnahme der Drucksache unter Punkt 10 behauptete Finanzierung des Neubaus des Betriebshofes, die angeblich „durch den Städteservice erfolgt“ und bei der „keine kommunalen Einlagen geleistet werden“ konnte zu keinem Zeitpunkt plausibel dargestellt werden.*
3. *Die in der Kenntnisnahme unter Punkt 11 angekündigte Vergabe des Wertstoffhofes findet nicht statt.*

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:*

*B. Beschlussvorschlag*

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass*

1. *die Sanierung mit teilweise notwendigen Neubauten des Betriebshofes einschließlich des Wertstoffhofes auf dem Gelände Johann-Sebastian-Bach-Straße stattfindet.*
2. *der Wertstoffhof auch weiterhin vom Städteservice Raunheim/Rüsselsheim betrieben und das Angebot der AWS zurückgewiesen wird.*
3. *Möglichkeiten ergänzender interkommunaler Kooperation durch Integration weiterer kommunaler Partner zur Optimierung der wirtschaftlichen Ergebnisse und der Leistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner im Aufgabenspektrum des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim fortwährend zu prüfen und entsprechend den Stadtverordnetenversammlungen in Rüsselsheim und Raunheim zur Beratung und Entscheidung vorzulegen sind.*
4. *die Rüsselsheimer Verwaltungsratsmitglieder gemäß § 9 (5) der Anstaltssatzung angewiesen werden, Entscheidungen entsprechend der Punkte 1 bis 3 dieses Beschlusses herbeizuführen.“*

wird mit 20 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/

Die Grünen vom 16.12.2020 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020:

Der Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2020 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020:

*„Der zweite Absatz des Antrags wird wie folgt ergänzt:*

*Die Variante Sanierung der Betriebstelle Städteservice und Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände wird dargestellt und **synoptisch der Verlagerung auf das Gelände neben der Kläranlage gegenübergestellt. Dabei sind im Besonderen folgende Punkte zu überprüfen:***

- 1) **Kosten für die Bautätigkeit**
- 2) **Kosten für ein Interim**
- 3) **Immission (Lärm und Verkehr)**
- 4) **Zeitraum der Umsetzung**
- 5) **Abschätzung der Auswirkungen auf das Klima**
- 6) **Qualität der Arbeitsstätte (Geruchsbelästigung, Lärm, Erreichbarkeit)**
- 7) **Künftiger Umgang mit Gewerbesteuer – anteilig – gemeinsam?**

**(uns ist bewusst, dass vielfach nur Abschätzungen stattfinden können, die getroffenen Annahmen sind transparent darzustellen).**

wird mit 14 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Herr Stadtv. Karger erklärt, dass bei dem soeben abgestimmten Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2020 die Stimmen nicht richtig ausgezählt wurden und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über den vg. Ergänzungsantrag erneut abstimmen zu lassen.

Frau stellv. Stadtv. Vorsteherin Rohark stellt fest, dass korrekt ausgezählt wurde. Eine erneute Abstimmung über den Ergänzungsantrag erfolgt nicht.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020 einschl. der zuvor beschlossenen Ergänzung:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020 einschl. der zuvor beschlossenen Ergänzung:

„Die Drucksache 784/16-21 wird an den Magistrat zurückverwiesen mit dem Auftrag, eine Überarbeitung mit folgenden Inhalten vorzulegen:

**Die Variante Sanierung der Betriebstelle Städteservice und Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände wird dargestellt und *synoptisch der Verlagerung auf das Gelände neben der Kläranlage gegenübergestellt. Dabei sind im Besonderen folgende Punkte zu überprüfen:***

- 1) Kosten für die Bautätigkeit**
- 2) Kosten für ein Interim**
- 3) Immission (Lärm und Verkehr)**
- 4) Zeitraum der Umsetzung**
- 5) Abschätzung der Auswirkungen auf das Klima**
- 6) Qualität der Arbeitsstätte (Geruchsbelästigung, Lärm, Erreichbarkeit)**
- 7) Künftiger Umgang mit Gewerbesteuer – anteilig – gemeinsam?**

**(uns ist bewusst, dass vielfach nur Abschätzungen stattfinden können, die getroffenen Annahmen sind transparent darzustellen).**

Ein Finanzplan dazu ist vorzulegen.“

wird mit 14 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen **beschlossen**.

Auf Grund des Beschlusses über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2020 einschl. des Ergänzungsantrages der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.12.2020 erübrigt sich eine Beschlussfassung über die DS 784/16-21.

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne Abstimmung

**TOP 13 Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2021 einschl. Fortschreibung des Wirtschaftsplanentwurfs 2021 für Kultur123 DS-Nr. 798/16-21 und 798a/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 798/16-21 und 798a/16-21 – Kultur123 Stadt

Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2021 einschl. Fortschreibung des Wirtschaftsplanentwurfs 2021 für Kultur123 Stadt Rüsselsheim – mit 22 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich dafür

**TOP 14 Wochenmarktkonzept 2020  
Haushaltsbegleitantrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 von SPD, WsR,  
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität vom 27.11.2016  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.10.2017 zum Thema  
Marktplatz  
Anfrage Nr. 115 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 20.05.2020  
DS-Nr. 802/16-21**

Zur DS 802/16-21 – Wochenmarktkonzept 2020; Bezug: Haushaltsbegleitantrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 von SPD; WsR; Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke/Liste Solidarität vom 27.11.2016; Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.10.2017 zum Thema Marktplatz; Anfrage Nr. 115 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 20.05.2020 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. und A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.4. mit 18 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

Protokollnotiz:

Herr Stadtv. Stahl verlässt nach einem Redebeitrag auf Grund Befangenheit den Sitzungssaal und nimmt an der weiteren Diskussion und an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich dafür

**TOP 15 Weiteranmietung von Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und wohnungslose Menschen  
DS-Nr. 803/16-21**

Zur DS 803/16-21 – Weiteranmietung von Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und wohnungslose Menschen – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.5. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**TOP 16 Einführung einer Zweitwohnungsteuer  
HH-Begleitantrag Nr. 61 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und  
Die Linke/Liste Solidarität vom 18.02.2018  
DS-Nr. 805/16-21**

Zur DS 805/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2020 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2020:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

„Der Beschluss wird wie folgt geändert:

**A. Beschlussvorschlag**

*Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den o. g. Antrag für erledigt.  
Der Antrag wird nach der Corona-Pandemie nicht erneut aufgegriffen.“*

wird mit 22 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen **beschlossen**.

Abstimmung über die DS 805/16-21 unter Einbeziehung des beschlossenen Änderungsantrages der CDU-Fraktion vom 03.12.2020:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 19 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

**A. Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der Ergebnisse der Vorarbeiten und unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Situation ein abschließendes Konzept zur Einführung einer Zweitwohnungsteuer nicht erstellt wurde.

**B. Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den o. g. Antrag für erledigt.  
Der Antrag wird nach der Corona-Pandemie nicht erneut aufgegriffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich dafür

**TOP 17      Anfragen und Mitteilungen**

Gemäß Absprache in der letzten Sitzung des Ältestenrates werden keine mündlichen Anfragen gestellt, sondern diese werden schriftlich eingereicht und sollen vom Magistrat schriftlich beantwortet werden.

Es liegen folgende schriftliche Anfragen zur Beantwortung vor, die dem Protokoll in der Anlage beigefügt sind:

- Anfrage der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 17.12.2020 zum Thema „Anwohnerparken und Bewohnerparkausweise“
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.12.2020 zur „Parksituation und Anwohnerparken im Geiersbühl“.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass heute die Innenstadtwache in der Marktstraße 10 in Betrieb genommen wurde. Die Stadtpolizei wird dort ihren Standort haben. Herr Oberbürgermeister Bausch bedankt sich bei allen Mitarbeiter/innen der Verwaltung die dazu beigetragen haben, dass dieses Projekt so schnell umgesetzt wurde.

Herr Bürgermeister Grieser weist auf die neue Mieterschutzverordnung hin, die ab 26.11.2020 in Kraft getreten ist. Er kündigt für die nächste Sitzungsrunde hierzu eine Berichtsvorlage an.

An  
das Büro des  
Stadtverordnetenvorstehers  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



WsR-Fraktion  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115  
E-Mail: [fraktion@wirsindruesselsheim.de](mailto:fraktion@wirsindruesselsheim.de)

Rüsselsheim, den 17.12.2020

**Antrag nach § 25 (3) HGO auf Feststellung des Widerstreites der Interessen bezüglich des Tagesordnungspunktes 12 „Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes. Drucksache 784/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bei Herrn Stadtverordneten Jens Grode (SPD) besteht ein Widerstreit der Interessen bezüglich der Drucksache 784/16-21.
2. Bei Herrn Frank Tollkühn (SPD) besteht ein Widerstreit der Interessen bezüglich der Drucksache 784/16-21.

Begründung:

Zu 1:

§25 HGO, Abs. 1, Satz 4 führt aus

*„bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist“*

Der Stadtverordnete Jens Grode arbeitet schon seit längerem bei der Stadt Raunheim, die erhebliche Vorteile durch den Neubau eines Betriebshofes an der Kläranlage erlangen würde. Dies rechtfertigt die Annahme, dass dadurch Befangenheit gegeben ist.



Zu 2:

a)

§25 HGO, Abs. 1, Satz 4 führt aus

*„bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist“*

Der Stadtverordnete Frank Tollkühn arbeitet schon seit längerem beim Landkreis Groß-Gerau und trägt dort als Fachbereichsleiter Konzernsteuerung Verantwortung für die Riedwerke, deren Tochter AWS erhebliche Vorteile durch die Verlagerung des Rüsselsheimer Wertstoffhofes an ihre Betriebsstätte Sonnenwerk erlangen würde. Dies rechtfertigt die Annahme, dass dadurch Befangenheit gegeben ist.

b)

§25 HGO, Abs. 1, Satz 1 und 2 führen aus

*(1) Niemand darf in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er*

*1.durch die Entscheidung in der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erlangen kann,*

*2.Angehöriger einer Person ist, die zu dem in Nr. 1 bezeichneten Personenkreis gehört,*

ferner §25 HGO, Absatz 5, Satz 4

*(5) Angehörige im Sinne des Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 sind:*

*(..)*

*4. Geschwister,*

Der Bruder des Stadtverordneten Tollkühn, Jens Tollkühn, ist Prokurist bei der AWS. Einem Unternehmen, das erhebliche Vorteile durch die Verlagerung des Rüsselsheimer Wertstoffhofes an seine Betriebsstätte Sonnenwerk erlangen würde. Dies rechtfertigt die Annahme, dass dadurch Befangenheit gegeben ist.

**Wir appellieren an beide Stadtverordnete der heutigen Sitzung fernzubleiben und damit einen sauberen Beschluss zu ermöglichen. Sollten sie dies nicht freiwillig tun, muss die Stadtverordnetenversammlung nach §25, Abs 3 als zuständiges Organ, dem beide Stadtverordneten angehören, den Widerstreit der Interessen feststellen.**

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

*Jordi Waldner*



STADT RÜSSELSHEIM AM MAIN

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS  
DER VORSITZENDE

B e r i c h t

an die Stadtverordnetenversammlung

betreffend: **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 inkl. 1. und 2. Fortschreibung**

- DS-Nr.: 776/16-21, 776a/16-21 und 776b/16-21 -

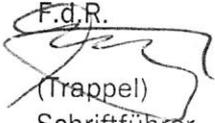
Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushaltsplan-Entwurf für das Haushaltsjahr 2021 inkl. 1. und 2. Fortschreibung sowie die Anträge der Fraktionen zur DS-Nr. 776/16-21 in seiner Sitzung am 08.12.2020 beraten.

Unter Berücksichtigung der bereits in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossenen Änderungsanträge sowie unter Ablehnung bzw. Zurückstellung weiterer Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2021 wurden die in Anlage 1a) dargestellten Änderungen beschlossen. Aus diesen Beschlüssen und weiterer der Beratung entsprechenden bzw. redaktionellen Änderungen gemäß Anlage 1b) ergibt sich die in Anlage 2 dargestellte Haushaltssatzung 2021.

Die in Anlage 3 genannten Anträge wurden ebenfalls unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossen und an den Magistrat verwiesen.

Rüsselsheim, 8. Dezember 2020

F.d.R.

  
(Trappel)  
Schriftführer

Anlagen

  
(Vogt)  
Vorsitzender

# Anlage 1

## zum Bericht der Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses betreffend Haushaltplan 2021

### a) Änderungsbeschlüsse

| Antrags-<br>Nr.                                  | Haushaltsstelle                           |   | Ansatz lt.<br>Entwurf<br>inkl. 1. u. 2.<br>Fortschreibung<br>EUR | neuer Ansatz<br><br>EUR |
|--|---|---|--|-------------------------|
|  | Produktnr. /<br>Investition/<br>Sachkonto | Bezeichnung   |  |                         |
| 1  | 2   | 3   | 4  | 5                       |
|  |   | <b><u>Ergebnishaushalt</u></b>                        |  |                         |
| <b>Antrag Nr. 2</b>                              | <b><u>030020000</u></b>                   | <b><u>Schulverwaltung</u></b>                         |  |                         |
| SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR | -6777551                                  | - Schulisches<br>Mobilitätskonzept                    | 0  | 50.000                  |
| <b>Antrag Nr. 3</b>                              | <b><u>040030000</u></b>                   | <b><u>Kultursteuerung</u></b>                         |  |                         |
| SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR | -7128836                                  | - Zuschüsse institutionelle<br>Förderung              | 31.000   | 131.000                 |
|  | <b><u>080055000</u></b>                   | <b><u>Sport u. Bewegung</u></b>                       |  |                         |
|  | -7128862                                  | - Zuschüsse Sportförderung                            | 140.000  | 240.000                 |
|  | <b><u>010100030</u></b>                   | <b><u>Magistrat</u></b>                               |  |                         |
|  | -7128905                                  | - Corona Hilfsfonds                                   | 0  | 50.000                  |
| <b>Antrag Nr. 5</b>                              | <b><u>050243100</u></b>                   | <b><u>Seniorenarbeit/Haus</u></b>                     |  |                         |
| SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR | -6993246                                  | - Senior*innen-Uni                                    | 0  | 5.000                   |
| <b>Antrag Nr. 6</b>                              | <b><u>060245120</u></b>                   | <b><u>Kinder- und Jugenderholung</u></b>              |  |                         |
| [Jugendhilfeausschuss]                           | -6867000                                  | - örtliche Veranstaltungen,<br>Ferienspiele           | 19.950   | 24.000                  |
|  | <b><u>060245150</u></b>                   | <b><u>Streetwork u. sonstige<br/>Jugendarbeit</u></b> |  |                         |
|  | -6993260                                  | - Veranstaltungs-, Programm-<br>kosten                | 7.485  | 9.000                   |
|  | <b><u>060245160</u></b>                   | <b><u>Fachstelle Mächenarbeit</u></b>                 |  |                         |
|  | -6993260                                  | - Veranstaltungs-, Programm-<br>kosten                | 2.600  | 3.125                   |
|  | <b><u>060546000</u></b>                   | <b><u>Kinder- und Jugendhäuser</u></b>                |  |                         |
|  | -6993240                                  | - Veranstaltungs-, Programm-<br>kosten                | 17.040   | 20.500                  |

| Antrags-Nr.  | Haushaltsstelle                     |   | Ansatz lt. Entwurf inkl. 1. u. 2. Fortschreibung EUR  | neuer Ansatz EUR |
|--|-------------------------------------|---|---|------------------|
|  | Produktnr. / Investition/ Sachkonto | Bezeichnung   |   |                  |
| 1  | 2                                   | 3   | 4   | 5                |
|  | <u>060546100</u>                    | <u>Kinder- und Jugendbüro</u>                       |   |                  |
|  | -6993240                            | - Veranstaltungs-, Programmkosten                   | 7.485   | 9.000            |
| Antrag Nr. 6a<br>[Jugendhilfeausschuss]                          | <u>PG 0604</u>                      | <u>Tageseinrichtungen für Kinder</u>                |   |                  |
|  | -6880000                            | - Aus- u. Fortbildung                               | 64.415  | 76.000           |
| Antrag Nr. 7<br>SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR | <u>060546000</u>                    | <u>Kinder- und Jugendhäuser</u>                     |   |                  |
|  | -7128300                            | - Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss "Auszeit e.V."  | 58.000  | 94.000           |
|  | - Kt.gr. 11/12                      | - Personal- u. Versorg.aufwend.                     | 488.800   | 533.800          |
|  | <u>130412000</u>                    | <u>Natur- und Umweltschutz</u>                      |   |                  |
| Antrag Nr. 8<br>SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke         | -7128700                            | - Zuschuss an Naturschutzverbände                   | 1.000   | 2.000            |
| Antrag Nr. 9<br>Die Linke  | -6161100                            | - Vermieter-Bauunterhaltung, Wartungskosten Gebäude | 0   | 4.000            |
| Antrag Nr. 10<br>CDU   | <u>PG 1502</u>                      | <u>Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen</u>     |   |                  |
|  | -5300120                            | - Pacht (Gebäudewirtschaft)                         | -113.800  | -91.973          |
|  | -5300150                            | - Mietnebenkosten                                   | -71.900   | -58.503          |
| Antrag Nr. 14<br>Die Linke                                       | <u>050562000</u>                    | <u>Wohnungswesen</u>                                |   |                  |
|  | - Kt.gr. 11/12                      | - Personal- u. Versorg.aufwend.                     | 459.000   | 522.000          |
|  |                                     |   | Sperrvermerk:<br>Der Ansatz ist in Höhe von 63.000,- EUR bis zur Freigabe der entsprechenden Stelle gesperrt. |                  |
| Antrag Nr. 15a<br>[Jugendhilfeausschuss]                         | <u>060040720</u>                    | <u>Verwaltung Kindertagesstätten/Horte</u>          |   |                  |
|  | - Kt.gr. 11/12                      | - Personal- u. Versorg.aufwend.                     | 573.100   | 724.240          |
| Antrag Nr. 33<br>Die Linke                                       | <u>040132100</u>                    | <u>Stadtmuseum</u>                                  |   |                  |
|  | -6810000                            | - Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur      | 570   | 680              |
|  | -6811000                            | - Erwerb von Büchern für die Museumsbibliothek      | 500   | 600              |

| Antrags-<br>Nr.   | Haushaltsstelle                           |  | Ansatz lt.<br>Entwurf<br>inkl. 1. u. 2.<br>Fortschreibung<br>EUR   | neuer Ansatz<br><br>EUR |
|---|---|--|--|-------------------------|
|   | Produktnr. /<br>Investition/<br>Sachkonto | Bezeichnung  |  |                         |
| 1   | 2   | 3  | 4  | 5                       |
|   |   | <b><u>Investiver Finanzhaushalt</u></b>  |  |                         |
| Antrag Nr. 11<br>SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke         | <u>12016300</u><br>-12016300DB            | <b><u>Gemeindestraßen</u></b><br>- EKZ Königstädten                                  | 0<br><br>FP 2022:  | 250.000<br>250.000      |
| Antrag Nr. 12<br>Die Linke  | <u>150179100</u><br>-15017910AB           | <b><u>Wirtschaftsförderung</u></b><br>- Hinweisschilder Einzelhandel<br>und Handwerk | 0  | 5.000                   |
| Antrag Nr. 22<br>BfL, CDU, SPD<br>[Ortsbeirat Bauschheim]         | <u>120163000</u><br>-12016300EF           | <b><u>Gemeindestraßen</u></b><br>- Radweg Oppenheimer Straße                         | 0  | 500.000                 |
|   |   | <b><u>Stellenplan</u></b>  |  |                         |
| Antrag Nr. 13<br>SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR | <u>060546000</u>                          | <b><u>Kinder- und Jugendhäuser</u></b><br>neu:                                       | Stellenplan Teil C<br>0,64 Entgeltgruppe S 11b   |                         |
| Antrag Nr. 14<br>Die Linke  | <u>050562000</u>                          | <b><u>Wohnungswesen</u></b><br>neu:  | Stellenplan Teil B<br>1,0 Entgeltgruppe TVÖD 9a<br>Sperrvermerk:<br>Die Stelle ist gesperrt. Mit der Darlegung<br>der Notwendigkeit erfolgt die Freigabe<br>durch die Stadtverordnetenversammlung. |                         |
| Antrag Nr. 15a<br>[Jugendhilfeausschuss]                          | <u>060040720</u>                          | <b><u>Verwaltung Kindertages-<br/>stätten/Horte</u></b><br>neu:                      | Stellenplan Teil B<br>1,0 Entgeltgruppe TVÖD 12<br>1,0 Entgeltgruppe TVÖD 8  |                         |

## b) Sonstige Veränderungen

| Lfd. Nr.  | Haushaltsstelle       |   | Ansatz lt. Entwurf inkl. 1. Fortschreibung EUR | neuer Ansatz EUR | Defizitveränderung |
|---|-----------------------|---|--|------------------|--------------------|
|   | Produktnr./ Sachkonto | Bezeichnung   |  |                  |                    |
| 1   | 2                     | 3   | 4  | 5                |                    |
| <p>Im Rahmen der 2. Fortschreibung zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021 wurden die veranschlagten Verlustübernahmen der Fortschreibung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Kultur123 angepasst (lfd. Nr. 23-26).<br/> Dabei wurden die Haushaltsansätze versehentlich mit negativem Vorzeichen ausgewiesen. Die richtige Darstellung und die entsprechenden Veränderungsbeträge lauten wie folgt:</p> |                       |   |  |                  |                    |
| 1   | 040233100<br>-7680000 | Eigenbetrieb Kultur123 -<br>Stadttheater/Kultur<br>- Verlustübernahme | 3.909.850                                      | 4.081.100        | 171.250            |
| 2   | 040333300<br>-7680000 | Eigenbetrieb Kultur123 -<br>Musikschule<br>- Verlustübernahme         | 887.350  | 952.050          | 64.700             |
| 3   | 040335000<br>-7680000 | Eigenbetrieb Kultur123 -<br>Volkshochschule<br>- Verlustübernahme     | 1.703.650                                      | 1.673.100        | -30.550            |
| 4   | 040235200<br>-7680000 | Eigenbetrieb Kultur123 -<br>Stadtbücherei<br>- Verlustübernahme       | 1.556.900                                      | 1.549.700        | -7.200             |
| <b>Summe:</b>   |                       |   |  |                  | <b>198.200</b>     |
| Gegenüber der Darstellung in der 2. Fortschreibung ergibt sich daher folgende Defizitveränderung:   |                       |   |  |                  | <b>396.400</b>     |

## Anlage 2

### HAUSHALTSSATZUNG der Stadt Rüsselsheim am Main für das Haushaltsjahr 2021

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. I S. 291) hat die Stadtverordnetenversammlung am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird

im Ergebnishaushalt

|   |                  |
|---|------------------|
| <u>im ordentlichen Ergebnis</u>           |                  |
| mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf      | 199.496.346 EUR  |
| mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 222.957.951 EUR  |
| mit einem Saldo von                       | - 23.461.605 EUR |
| <br><u>im außerordentlichen Ergebnis</u>  |                  |
| mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf      | 0 EUR            |
| mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 0 EUR            |
| mit einem Saldo von                       | 0 EUR            |
| <br>mit einem Fehlbetrag vom              | 23.461.605 EUR   |

im Finanzhaushalt

|   |                  |
|---|------------------|
| mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen<br>aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | - 15.771.985 EUR |
| <br>und dem Gesamtbetrag der  |                  |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf  | 14.387.595 EUR   |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf  | 71.443.480 EUR   |
| mit einem Saldo von   | - 57.055.895 EUR |
| <br>Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf   | 57.055.895 EUR   |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf   | 8.596.000 EUR    |
| mit einem Saldo von   | 48.459.895 EUR   |
| <br>mit einem Zahlungsmittelbedarf<br>des Haushaltsjahres von                                 | 24.367.985 EUR   |

festgesetzt.

#### § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2021 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 57.055.895 EUR festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 29.140.000 EUR festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 90.000.000 EUR festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer   |          |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 680 v.H. |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf                             | 800 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf   | 420 v.H. |

### § 6

Ein Haushaltssicherungskonzept wurde nicht beschlossen.

### § 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

.....  
Udo Bausch  
Oberbürgermeister

### Anlage 3

zum Bericht der Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses  
betreffend Haushaltsplan 2021

**- verwiesener Haushaltsanträge -**

| Antrag- Nr.        | Antrags-<br>steller  | Antrag   |
|--------------------|--|--|
| Prüfantrag<br>zu 4 | Bündnis 90/Die Grünen  | Kinobetrieb, Prüfantrag  |
| 19                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke                           | Fortschreibung des Biotopvernetzungs-konzepts<br>von 1993                  |
| 20                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke<br>Erweiterungsantrag WSR | Berichtswesen zum Klima- und Naturschutz /<br>öffentlicher Informationstag |
| 21                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke                           | Grundsätze einer strategischen Ansiedlungs-<br>politik                     |
| 22                 | BfL, CDU, SPD<br>[Ortsbeirat Bauschheim]                           | Radweg entlang der Oppenheimer Straße<br>[ergänzte Version vom 08.12.2020] |
| 23                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR                   | Senior*innen-Uni   |
| 24                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR                   | Kinder- und Jugendarbeit in Bauschheim und<br>Königstädten                 |
| 25                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR                   | Konzept schulisches Mobilitätsmanagement                                   |
| 26                 | SPD, Bündnis 90/Die Grünen,<br>Die Linke, FW/FNR                   | Vereinssicherungskonzept und Soforthilfefonds                              |
| 29                 | CDU  | Kulturentwicklung im Rüsselsheim am Main                                   |

| Antrag- Nr. | Antrags-<br>steller | Antrag   |
|-------------|---------------------|--|
| 31          | CDU                 | Umwelt, Natur und Grünpflege<br>sinnvoll und nachhaltig gestalten<br>[Punkte 3 u. 6]   |
| 34          | FDP                 | Machbarkeitsstudie: Brennstoffzellenfahrzeuge<br>im ÖPNV u. kommunalen Fuhrpark<br><u>in geänderter Form:</u><br>"Der Magistrat wird beauftragt [...] eine schrittweise<br>Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der<br>im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie<br>Antriebe zu prüfen. Dabei soll das Ergebnis offen bleiben<br>für weitere Technologien." |
| 35          | FDP                 | Wirtschaftsförderung mit und nach Corona:<br>Werbekampagne für lokale Gewerbetreibende   |
| 37          | FDP                 | Innenstadt 4.0 forcieren: Einführung eines<br>öffentlichen, kostenlosen WLANs und Smart<br>Benches in der Innenstadt   |
| 39          | FDP                 | Digitalisierungsstrategie entwickeln und<br>Ernennung eines Digitalisierungsbeauftragten.  |
| 40          | CDU                 | EKZ Königstädten<br>[Ergänzungsantrag Punkt B]   |

# DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4  
FON 06142/1624998  
MAIL [Fraktion@liste-solidaritaet.de](mailto:Fraktion@liste-solidaritaet.de)  
INTERNET [www.linke-liste-solidaritaet.de](http://www.linke-liste-solidaritaet.de)  
Fraktionsvorsitzender  
K.-H. Schneckenberger  
Rathausstr.4  
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 2.12.2020



An das  
Büro des Stadtverordnetenvorstehers  
z.H. Fr. Breunig

## **Änderungsantrag zur DS-804 Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen**

1. Über die Vorlage und ihre Anhänge wird ein Beschluss gefasst.
2. Die Grundschule Königstädten sowie die Gerhart-Hauptmann-Schule werden in Priorität 1 eingestuft.

### **Begründung:**

mündlich

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schneckenberger'.

K.-H. Schneckenberger

# DIE LINKE/ LISTE SOLIDARITÄT



Marktplatz 4  
FON 06142/1624998  
MAIL [Fraktion@liste-solidaritaet.de](mailto:Fraktion@liste-solidaritaet.de)  
INTERNET [www.linke-liste-solidaritaet.de](http://www.linke-liste-solidaritaet.de)  
Fraktionsvorsitzender  
K.-H. Schneckenberger  
Rathausstr.4  
FON 06142/33182



WsR-Fraktion  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115  
E-Mail: [fraktion@wirsindruesselsheim.de](mailto:fraktion@wirsindruesselsheim.de)

Rüsselsheim, den 03.12.2020

An  
das Büro des  
Stadtverordnetenvorstehers  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

## **Änderungsantrag zur Drucksache 784/16-21 Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Zum Teil A. Kenntnisnahme der Drucksache stellt die Stadtverordnetenversammlung Folgendes fest:*

1. Die in der Kenntnisnahme der Drucksache unter Punkt 3. behauptete „aktualisierte Preisermittlung“ für die Sanierung hat nicht stattgefunden.
2. Die in der Kenntnisnahme der Drucksache unter Punkt 10 behauptete Finanzierung des Neubaus des Betriebshofes, die angeblich „durch den Städteservice erfolgt“ und bei der „keine kommunalen Einlagen geleistet werden“ konnte zu keinem Zeitpunkt plausibel dargestellt werden.
3. Die in der Kenntnisnahme unter Punkt 11 angekündigte Vergabe des Wertstoffhofes findet nicht statt.

*Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:*

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. die Sanierung mit teilweise notwendigen Neubauten des Betriebshofes einschließlich des Wertstoffhofes auf dem Gelände Johann-Sebastian Bach Straße stattfindet.

# DIE LINKE/ LISTE SOLIDARITÄT

---



2. der Wertstoffhof auch weiterhin vom Städteservice Raunheim/Rüsselsheim betrieben und das Angebot der AWS zurückgewiesen wird.

3. Möglichkeiten ergänzender interkommunaler Kooperation durch Integration weiterer kommunaler Partner zur Optimierung der wirtschaftlichen Ergebnisse und der Leistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner im Aufgabenspektrum des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim fortwährend zu prüfen und entsprechend den Stadtverordnetenversammlungen in Rüsselsheim und Raunheim zur Beratung und Entscheidung vorzulegen sind.

4. die Rüsselsheimer Verwaltungsratsmitglieder gemäß §9(5) der Anstaltssatzung angewiesen werden, Entscheidungen entsprechend der Punkte 1 bis 3 dieses Beschlusses herbei zu führen.

## Begründung:

1. Einschließlich des Ankaufs der Grundstücke der Stadt Raunheim und des Abwasserverbandes ist der Umzug des Betriebshofs deutlich teurer als der Verbleib am alten Standort.

In der „Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung“ vom Februar 2017 war vom Architekturbüro pbs eine Sanierung mit teilweisen Neubauten am gegenwärtigen Standort von Betriebs- und Wertstoffhof als eine der Varianten mit Kosten von 11,8 Mio. Euro angegeben. Bei Berücksichtigung der Baupreissteigerung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von etwa 11 Prozent ergäbe dies Kosten von 13,1 Mio. Euro. Dies liegt um 5,6 (mit Wertstoffhof) bzw. 4,2 Mio Euro unter den für einen Neubau beim AZV vom pbs geschätzten Kosten. Selbst die in 2019 von pbs vorgelegte Schätzung von 15,4 Mio. Euro läge zwar um 30%(!) über der von 2017 aber damit immer noch um 3,3 bzw. 1,9 Mio. Euro unter den Schätzungen für den Neubau auf und neben dem AZV-Gelände.

Für den Fall einer völligen Verlagerung von Betriebshof (nach Raunheim) und Wertstoffhof (nach Bischofsheim) wurde in 2015 für die bei einer „höherwertigen“ Nutzung (Wohnen, Büros) des Geländes an der Johann-Sebastian-Bach-Straße notwendigen Abriss- und Bodensanierungskosten eine Schätzung von 4,85 Mio. Euro (2,98 Abriss + 1,87 Altlasten) ermittelt. Womit sich bei Verwendung der allgemeinen Baukostensteigerung für diesen Zeitraum von ca. 16% im Mai 2019 Kosten von gut 5,6 Mio. Euro ergeben hätten. In den

Unterlagen vom Mai 2019 wurden allerdings dafür nur noch 2,2 Mio. (je 1,1 für Abriss und Altlastenbeseitigung) angegeben. Unter der Annahme, dass die tatsächlich entstehenden Kosten in der Mitte (3,9 Mio.) der beiden Schätzungen lägen, wäre der prognostizierte Nettogewinn aus einer Vermarktung des Geländes (zwischen 1,2 und 1,5 Mio. Euro) in einen Verlust von 0,2 bis 0,5 Mio Euro umgekippt.

2. Die Kläranlage ist derzeit schon an ihrer Kapazitätsgrenze. Als Stadtverordnete ist es unsere Pflicht, die Entwicklungsmöglichkeiten dieser zentralen Infrastruktur nicht nur für die nächsten 10 oder 20 Jahre im Blick zu haben, sondern für die nächsten 50 bis 100 Jahre. Immer neue Regelungen im Bereich der Abwasserentsorgung werden auch in Zukunft für einen stetigen Erweiterungsbedarf der Anlage sorgen.

## **DIE LINKE/ LISTE SOLIDARITÄT**

---



3. Der Neubau auf dem Gelände Johann-Sebastian-Straße kann ohne Probleme im hinteren Teil stattfinden, während der Betrieb im vorderen Teil ungestört für die Zwischenzeit weiterlaufen kann.
4. Durch einen kompakten Neubau auf dem Gelände Johann-Sebastian-Bach-Straße können die Betriebsabläufe ebenso optimiert werden.
5. Ein kompakter Neubau auf dem Gelände Johann-Sebastian-Bach-Straße einschließlich Wertstoffhof ermöglicht eine Teilvermarktung des jetzigen Betriebsgeländes.
6. Der Wertstoffhof am Standort Johann-Sebastian-Bach-Straße ist zentralgelegen und wird von den Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer gut angenommen. Qualität und Preis stimmen. Bei einer Auflösung dieses Standortes, würde die Stadt Rüsselsheim danach für drei Wertstoffhöfe zahlen (Standort Raunheim, Standort Bischofsheim und ein weiterer, für die Öffentlichkeit nicht zugänglicher am neuen Standort Kläranlage), von denen keiner zentral in Rüsselsheim liegt. Dies stellt eine nicht zu akzeptierende Verschlechterung dar.
7. Die Kontrolle über Preise und Leistungen des Wertstoffhofs als zentralem Bestandteil der Müllentsorgung, ist für eine wachsende Stadt wie Rüsselsheim von existenzieller Bedeutung. Das Angebot der AWS mag aktuell günstig erscheinen, kann aber nicht bedenkenlos fortgeschrieben werden.

Für Fraktionen:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Johann'.

Die Linke/Liste Solidarität

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Judi Waldner'.

WsR – Wir sind Rüsselsheim e.V.:



Büro Stadtverordnetenversammlung  
z.Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

16.12.2020

**Ergänzungsantrag zum Antrag von B90/Die Grünen vom 02.12.20  
Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des SSRR (AöR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofs**

**Beschluss:**

Der zweite Absatz des Antrags wird wie folgt ergänzt:

Die Variante Sanierung der Betriebsteile Städteservice und Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände wird dargestellt **und synoptisch der Verlagerung auf das Gelände neben der Kläranlage gegenübergestellt. Dabei sind im Besonderen folgende Punkte zu überprüfen:**

- 1) Kosten für die Bautätigkeit
- 2) Kosten für ein Interim
- 3) Immissionen (Lärm und Verkehr)
- 4) Zeitraum der Umsetzung
- 5) Abschätzung der Auswirkungen auf das Klima
- 6) Qualität der Arbeitsstätte (Geruchsbelästigung, Lärm, Erreichbarkeit)
- 7) Künftiger Umgang mit Gewerbesteuer – anteilig – gemeinsam?

**(uns ist bewusst, dass vielfach nur Abschätzungen stattfinden können, die getroffenen Annahmen sind transparent darzustellen)**

**Begründung:**

Eine Gegenüberstellung soll die Diskussion versachlichen.

Sanaa Boukayeo  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen



Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim  
Herr Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Rathaus  
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, den 2.12.2020

**Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN Rüsselsheim zur DS 784/16-21:  
Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes  
des Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des  
Wertstoffhofes**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Drucksache 784/16-21 wird an den Magistrat zurückverwiesen mit dem Auftrag, eine Überarbeitung mit folgenden Inhalten vorzulegen:

Die Variante Sanierung und Neubau der Betriebsteile Städtesservice und Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände wird dargestellt

Ein Finanzplan dazu ist vorzulegen.

**Begründung:**

Die Entscheidung über die Standortfrage des Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim bedarf der Betrachtung verschiedener Alternativen. Die Vorlage zeigt eindimensional nur eine mögliche Variante auf. Deshalb hat der Magistrat an dieser Stelle nachzuarbeiten.

Maria Schmitz-Henkes

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion  
in der  
Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender  
Matthias Metz  
Rathaus/Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de  
www.cdu-ruesselsheim.de

**Änderungsantrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main**  
> zur Drucksache 805/16-21  
„Einführung einer Zweitwohnungsteuer  
HH-Begleit Antrag Nr. 61 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke/Liste  
Solidarität vom 18.02.2018“

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

**A. Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den o. g. Antrag für erledigt.  
Der Antrag wird nach der Corona-Pandemie **nicht** erneut aufgegriffen.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

Rüsselsheim am Main, 03.12.2020

  
Matthias Metz  
Fraktionsvorsitzender

## Beschlussnachtrag Ausschüsse

---

### Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Gemäß Absprache in der letzten Sitzung des Ältestenrates werden keine mündlichen Anfragen gestellt, sondern diese werden schriftlich eingereicht und sollen vom Magistrat schriftlich beantwortet werden.

Es liegen folgende schriftliche Anfragen zur Beantwortung vor, die dem Protokoll in der Anlage beigefügt sind:

- Anfrage der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 17.12.2020 zum Thema „Anwohnerparken und Bewohnerparkausweise“
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.12.2020 zur „Parksituation und Anwohnerparken im Geiersbühl“.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass heute die Innenstadtwache in der Marktstraße 10 in Betrieb genommen wurde. Die Stadtpolizei wird dort ihren Standort haben. Herr Oberbürgermeister Bausch bedankt sich bei allen Mitarbeiter/innen der Verwaltung die dazu beigetragen haben, dass dieses Projekt so schnell umgesetzt wurde.

Herr Bürgermeister Grieser weist auf die neue Mieterschutzverordnung hin, die ab 26.11.2020 in Kraft getreten ist. Er kündigt für die nächste Sitzungsrunde hierzu eine Berichtsvorlage an.

Rüsselsheim am Main, den 17.12.2020

Die Schriftführerin:



A. Breunig

Der Vorsitzende:



Jens Gode  
Stadtverordnetenvorsteher

# DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4  
FON 06142/1624998  
MAIL [Fraktion@liste-solidaritaet.de](mailto:Fraktion@liste-solidaritaet.de)  
INTERNET [www.linke-liste-solidaritaet.de](http://www.linke-liste-solidaritaet.de)  
Fraktionsvorsitzender  
K.-H. Schneckenberger  
Rathausstr.4  
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 17.12.2020

An das  
Büro des Stadtverordnetenvorstehers  
z.H. Fr. Breunig

## Anfrage an den Magistrat

Home-Office unter Corona-Bedingungen verändert auch das Verhalten im ruhenden Verkehr. Mehr BürgerInnen parken den ganzen Tag in Wohnungsnahe. Da wird das Anwohnerparken bzw. Bewohnerparkausweise zum wichtigen Thema. Uns erreichen Beschwerden über die Vergabestelle im Ordnungsamt, dass Neu-Anträge sehr schleppend, über Monate, nicht bearbeitet werden, ebenso wie Verlängerungsanträge oder diese sogar nicht verlängert werden. Das Vergabeverfahren scheint intransparent. Dies führt zu, wie wir finden, vermeidbaren Konflikten.

1. Nach welcher Verwaltungsvorschrift werden in Rüsselsheim am Main Anwohnerparkausweise ausgestellt?
2. Nach welchen Kriterien werden Verlängerungen abgelehnt?
3. Bekommen Anwohner Auflagen bei Ablehnung?
4. Wie verläuft die Beantragung, ob neu oder Verlängerung, unter Coronabedingungen? Wie lange dauert die Bearbeitung? Gibt es Terminvergaben? Wenn ja wo?
5. Werden Strafzettel, die in der Zwischenzeit wegen verschleppter Bearbeitung, aber bei Berechtigung, ausgestellt werden, ungültig und zurückgenommen?

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT



K.-H. Schneckenberger



Magistrat der Stadt Rüsselsheim  
Zentrale Dienste  
Büro Stadtverordnetenversammlung  
z.Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

17.12.2020

## Anfrage an den Magistrat

### Parksituation und Anwohnerparken im Geiersbühl

Die SPD-Fraktion wurde auf die Parksituation im Geiersbühl angesprochen. Dabei kristallisierten sich folgende Fragen heraus:

- a) Wann wurden die Anwohner\*innen über die Abschaffung und die nicht Verlängerungen von Anwohnerparkausweisen informiert?
- b) Auf welcher Grundlage wurden die Stellplätze auf den Grundstücken ermittelt?
- c) Wurden die Stellplätze vor Ort ermittelt oder wurden sie nach dem Grundstückskataster erstellt?
- d) Warum wurde das seit den 1990er Jahren funktionierende Prinzip des Anwohnerparkens abgeändert?

Für die Beantwortung der Fragen bedanken wir uns im Voraus. Die Antworten werden an die betroffenen Bürger\*innen weitergeleitet.

Sanaa Boukayeo  
SPD-Fraktionsvorsitzende